

Niederschrift

über die 46. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Neustadt an der Weinstraße

am Dienstag, dem 23.01.2018, 18:06 Uhr,

im Stadthaus I, Ratssaal, Marktplatz 1, Neustadt an der Weinstraße

- Öffentliche Sitzung -

Anwesend:

Stadtvorstand

Weigel, Marc
Röthlingshöfer, Ingo
Blarr, Waltraud
Klohr, Dieter
Penn, Markus

Ratsmitglieder

Bachtler, Christoph
Bender, Pascal
Böhringer, Andreas Dr.
Fillibeck, Jutta
Frech, Michael
Frey, Matthias Dr.
Fürst, Otto
Ganzert, Holger
Göring, Marco
Graebert, Friderike
Grün, Jürgen
Hauck, Martin
Hayn, Brigitte
Henigin, Patrick
Henigin, Roland
Herber, Dirk
Hornbach, Barbara
Jausel, Ute Dr.
Kästel, Willi
Kerth, Werner
Köhler, Klaus
König, Jonas Luca
Levis-Hofherr, Diana
Lichti, Volker
Lopez Herreros, Eredesvinda
Marggraff, Wilfried
Meininger, Christoph
Meisel, Ulrike
Ohmer, Ernst
Oswald-Mutschler, Roswitha
Racs, Richard
Ressmann, Dr. Wolfgang
Schick, Claus-René
Schmidt, Peter
Schreiner, Werner
Schweitzer, Petra
Stahler, Clemens
Werner, Kurt
Willer, Helga

geht um 19:34 Uhr bei TOP 14

geht um 20:49 Uhr bei TOP 16

geht um 19:55 Uhr bei TOP 14.2

Gäste

Nebel, Reinhard
Syring-Lingenfelder, Gerhard

Verwaltung

Adams, Bernhard
Bettinger, Alf
Boltenhagen, Konstantin
Braun, Walter
Breitel, Andrea
Di Noi, Mario
Frisch, Judith
Glogau, Michael
Gröschel, Andreas
Gröschel-Krämer, Sandra
Günther, Andreas
Immig, Oliver
Klein, Christine
Klein, Klaus
Klein, Patrick
Klein, Stefan
Klein, Volker
Mehling, Susanne
Niederhöfer, Harald
Priester, Anke
Rothermel, Simone
Schatten, Anna-Lena
Staab, Dagmar
Ulrich, Stefan
Walz, Marion
Weisbrod, Klaus
Wolf-Matzenbacher, Dagmar

Entschuldigt:

Ratsmitglieder

Brantl, Gisela
Graf, Alexander
Ipach, Roland
Kilthau, Jürgen
Koppenstein, Rosa
Röther, Regina

TAGESORDNUNG:

- | | | |
|----|--|----------|
| 5. | Einwohnerfragestunde | |
| 6. | Neubesetzung von Ausschüssen, Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern | 018/2018 |
| 7. | Stellplatzsatzung Innenstadt | 413/2017 |
| 8. | Flächennutzungsplan-Teiländerung "Kasernenstraße Ost" im Stadtbezirk 32 a) Entscheidung über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen b) Feststellungsbeschluss | 416/2017 |

- | | | |
|-------|---|----------|
| 9. | Bebauungsplan "Kasernenstraße" III. Änderung im Stadtbezirk 32 und im Ortsbezirk Mußbach a) Entscheidung über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB | 417/2017 |
| 10. | Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer Anhebung des Steuersatzes für Geräte mit Gewinnmöglichkeit von 16% des Einspielergebnisses auf 18% | 008/2018 |
| 11. | Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzepts | 009/2018 |
| 12. | Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Kuckucksbähnel Bahnbetriebs GmbH (KBbG) | 397/2017 |
| 13. | Wirtschaftsplan 2018 mit Personalplan der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (WEG) | 380/2017 |
| 14. | Erlass der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 | 003/2018 |
| 14.1. | Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für Pflegemaßnahmen im Bereich Landwirtschaft und Umwelt;
Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 11.01.2018 | 013/2018 |
| 14.2. | Antrag auf finanzielle Unterstützung unseres Vereins;
Antrag des Vereins humanitäre Hilfe für Asylbewerber e. V. vom 11.01.2018 | 014/2018 |
| 14.3. | Haushaltsforderung des "Projekts 51 e. V.";
Antrag vom Projekt 51 e. V. vom 09.01.2018 | 015/2018 |
| 14.4. | Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Grabenreinigung, mündlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2018 | |
| 14.5. | Erhöhung der investiven Kosten des Haushalts 2018 um die Ausgaben für die Verlängerung des Fußgängersteiges am Hauptbahnhof in Neustadt an der Weinstraße | 017/2018 |
| 14.6. | Unterstützung der Engagierten Jugend Neustadt an der Weinstraße, gemeinsamer Antrag aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen vom 18.01.2018 | 020/2018 |
| 15. | Mitteilungen und Anfragen | |

Der Vorsitzende begrüßt die Herren Dr. Böhringer und Frech als neue Mitglieder im Stadtrat und eröffnet sodann die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 5

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 6

018/2018

Neubesetzung von Ausschüssen, Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern

Der Stadtrat wählt einstimmig

- 1.) Herrn
Marco Göring
Quellenstraße 32
67433 Neustadt an der Weinstraße

Mitglied in den Aufsichtsrat Stadtwerke und Stadionbad.
- 2.) Herrn
Ernst Ohmer
Lindenstraße 15b
67433 Neustadt an der Weinstraße

als Mitglied in den Beirat für Migration und Integration
- 3.) Herrn
Olaf Kleinschmidt
Neumayerstraße 15
67433 Neustadt an der Weinstraße

als Mitglied in den Kulturausschuss
- 4.) Herrn
Wolfgang Geppert
Amalienstraße 9
67434 Neustadt an der Weinstraße

als stellv. Mitglied in den Innenstadtbeirat
- 5.) Herrn
Otto Fürst
Am Stentenwehr 40
67435 Neustadt an der Weinstraße

als Mitglied in den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz.

TOP 7

413/2017

Stellplatzsatzung Innenstadt

Auf Empfehlung des Innenstadtbeirates und des Hauptausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die beiliegende „Satzung der Stadt Neustadt an der Weinstraße über die Herstellung von Stellplätzen und Garagen für Kraftfahrzeuge im Bereich der Innenstadt“.

TOP 8

416/2017

**Flächennutzungsplan-Teiländerung "Kasernenstraße Ost" im Stadtbezirk 32 a)
Entscheidung über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2
BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen b)
Feststellungsbeschluss**

RM Bachtler (FWG) hält sich wegen Sonderinteresse während der Behandlung des Tagesordnungspunktes außerhalb des Sitzungssaales auf und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Auf Empfehlung des Innenstadtbeirates, des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz und des Ausschusses für Bau und Planung beschließt der Stadtrat einstimmig

- a) über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen laut Verwaltungsvorschlag und
- b) den Feststellungsbeschluss zur Flächennutzungsplan-Teiländerung.

TOP 9

417/2017

Bebauungsplan "Kasernenstraße" III. Änderung im Stadtbezirk 32 und im Ortsbezirk Mußbach a) Entscheidung über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen b) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

RM Bachtler (FWG) hält sich wegen Sonderinteresse während der Behandlung des Tagesordnungspunktes außerhalb des Sitzungssaales auf und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Auf Empfehlung des Innenstadtrates, des Ortsrates Mußbach, des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz sowie des Ausschusses für Bau und Planung beschließt der Stadtrat bei zwei Enthaltungen (RM Graebert und RM König, beide Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich

- a) über die während der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß Verwaltungsvorschlag und
- b) den Bebauungsplan als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB.

TOP 10

008/2018

**Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer
Anhebung des Steuersatzes für Geräte mit Gewinnmöglichkeit von 16% des
Einspielergebnisses auf 18%**

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer.

TOP 11

009/2018

Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzepts

Auf Empfehlung des Hauptausschusses stimmt der Stadtrat einstimmig dem fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzept zu.

TOP 12

397/2017

Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Kuckucksbähnel Bahnbetriebs GmbH (KBbG)

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die als Anlage beigefügte Bürgschaftserklärung und ermächtigt den Oberbürgermeister diese zu unterzeichnen.

TOP 13

380/2017

Wirtschaftsplan 2018 mit Personalplan der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft (WEG)

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH empfiehlt der Stadtrat einstimmig der Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2018 zu beschließen.

Vor Eintritt in die Beratung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden die dem Protokoll als Anlage beigefügten Haushaltsreden gehalten:

1. RM Stahler (CDU)
2. RM Bender (SPD)
3. RM Bachtler (FWG)
4. RM Werner (Bündnis 90/Die Grünen)
5. RM Dr. Frey (FDP)

Der Vorsitzende verzichtet auf eine Rede, da er diesen Punkt bereits im Rahmen des diesjährigen Neujahrsempfangs thematisiert hat. Stattdessen stellt Herr Ulrich (Abt. 140) anhand der beigefügten Präsentation den Haushalt 2018 vor.

Vor der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2018 werden noch die von den Fraktionen hierzu eingereichten Anträge beraten und einzeln abgestimmt:

TOP 14

003/2018

Erlass der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Stadtrat, nach Behandlung der Unterpunkte 14.1 – 14.06., einstimmig die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2018.

TOP 14.1

013/2018

Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für Pflegemaßnahmen im Bereich Landwirtschaft und Umwelt;

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 11.01.2018

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, dass in den Haushaltsplan 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von 30.000 € für Pflegemaßnahmen für den Bereich Landwirtschaft und Umwelt eingestellt werden sollen.

TOP 14.2

014/2018

Antrag auf finanzielle Unterstützung unseres Vereins;

Antrag des Vereins humanitäre Hilfe für Asylbewerber e. V. vom 11.01.2018

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, dass im Haushalt 2018 einmalig Mittel in Höhe von 10.000 € zur Unterstützung des AK Humanitäre Hilfe eingestellt werden sollen. Analog zum Kultur- und Sportbereich soll für die Zukunft ein Verfahren auch im sozialen Bereich eingerichtet werden sollen.

TOP 14.3

015/2018

Haushaltsforderung des "Projekts 51 e. V.";

Antrag vom Projekt 51 e. V. vom 09.01.2018

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Bergmann, der sein Projekt anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation vorstellt.

Nachdem sich die Fraktionen im Anschluss daran beraten haben, teilt RM Dr. Frey (FDP) mit, dass der Antrag im Zuge der Gleichberechtigung mit anderen gemeinnützigen Vereinen vom Stadtrat einstimmig abgelehnt wird.

TOP 14.4

Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Grabenreinigung, mündlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 20.000 € für die Grabenreinigung und Instandhaltung von Regenrückhaltebecken in den Haushalt eingestellt werden sollen.

TOP 14.5

017/2018

Erhöhung der investiven Kosten des Haushalts 2018 um die Ausgaben für die Verlängerung des Fußgängersteiges am Hauptbahnhof in Neustadt an der Weinstraße

Der Stadtrat beschließt bei 1 Nein-Stimme (RM Levis-Hofherr, Bündnis 90/Die Grünen) und 1 Enthaltung (RM König, Bündnis 90/Die Grünen) mehrheitlich, dass für die Verlängerung des Steges am Hauptbahnhof in Neustadt an der Weinstraße, zur Deckung der voraussichtlichen investiven Ausgaben, in den Haushalt 2018 folgende finanzielle Mittel aufgenommen werden sollen:

- a) ein Betrag in Höhe von 80.000,00 €
- b) eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 610.000,00 € für 2019.

TOP 14.6

020/2018

Unterstützung der Engagierten Jugend Neustadt an der Weinstraße, gemeinsamer Antrag aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen vom 18.01.2018

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass in den Haushalt 2018 finanzielle Mittel in Höhe von 6.000 € zur Unterstützung der Engagierten Jugend Neustadts eingestellt werden sollen.

TOP 15

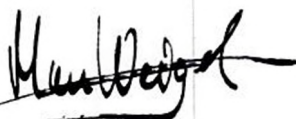
Mitteilungen und Anfragen

- Der Vorsitzende teilt mit, dass sich die Freiwillige Feuerwehr bedankt, dass ihnen vom Stadtrat die Möglichkeit gegeben wurde, künftig die Jahreshauptversammlung (incl. Ehrung von Mitgliedern) in einem festlichen Rahmen durchzuführen.

In einer zurückliegenden Stadtratssitzung wurde in dieser Sache ein entsprechender Beschluss gefasst.

- Bürgermeister Röthlingshöfer beantwortet die Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Junge Menschen ohne Wohnung bzw. ohne Obdach „Kein Dach über dem Kopf“. Die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung liegen dem Protokoll als Anlage bei.

Ende der Sitzung: 20:34 Uhr



Marc Weigel
Vorsitzender



Susanne Mehling
Protokollführerin

**Satzung
der Stadt Neustadt an der Weinstraße
über die Herstellung von Stellplätzen und Garagen für
Kraftfahrzeuge im Bereich der Innenstadt**

vom

Aufgrund § 24 der Gemeindeordnung (GemO) für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 02.03.2017 (GVBl. S. 21) in Verbindung mit §§ 88 Abs. 1 Nr. 8 und Abs. 3 Nr. 1 der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.06.2015 (GVBl. S. 77)

hat der Stadtrat in seiner öffentlichen Sitzung am folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Örtlicher und sachlicher Anwendungsbereich**

- (1) Der Geltungsbereich der Satzung umfasst einen Teil der Innenstadt von Neustadt an der Weinstraße gemäß der Plananlage. Die Abgrenzung entspricht der Abgrenzung des „Zentralen Versorgungsbereichs Innenstadt“ gemäß der „Einzelhandelskonzeption für die Stadt Neustadt an der Weinstraße“ vom 25.10.2011.
- (2) Die Satzung gilt für die Errichtung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen sowie anderen Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen zu erwarten ist. Die Erweiterung vorhandener baulicher oder anderer Anlagen steht dabei der Errichtung gleich.

**§ 2
Pflicht zur Herstellung notwendiger Stellplätze und Ermittlung deren Anzahl**

- (1) Bei der Errichtung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen zu erwarten ist, müssen die notwendigen Stellplätze in Anwendung der Verwaltungsvorschrift „Zahl, Größe und Beschaffenheit der Stellplätze für Kraftfahrzeuge“ des Ministeriums der Finanzen vom 24.07.2000 (MinBl. S. 231) hergestellt werden.
- (2) Abweichend von den dortigen „Richtzahlen für die Ermittlung des Stellplatzbedarfs“ wird bestimmt, dass für Verkaufsstätten (Läden, Geschäftshäuser und Einzelhandelsbetriebe, auch großflächig) ein Stellplatz je 40 qm Verkaufsnutzfläche, jedoch mindestens zwei Stellplätze je Laden, den Berechnungen zu Grunde zu legen ist. Der Anteil hiervon für Besucherinnen und Besucher vorzuhaltender Stellplätze wird auf 75 von Hundert festgesetzt.

- (3) Ergeben sich bei der Ermittlung der Anzahl der notwendigen Stellplätze Dezimalstellen, sind diese auf ganze Zahlen aufzurunden.

§ 3 Abweichende Regelungen

- (1) Die Stadt Neustadt an der Weinstraße kann auf Antrag im Einzelfall ganz oder teilweise von der Stellplatzpflicht und den Bestimmungen dieser Satzung befreien, wenn
- a) Gründe des Wohles der Allgemeinheit, insbesondere Gründe des Denkmalschutzes, die Befreiung erfordern oder
 - b) die Anwendung der Stellplatzvorschriften zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde
- und wenn
- c) städtebauliche, gestalterische oder verkehrliche Belange dem nicht entgegenstehen und
 - d) die Befreiung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
- (2) Abweichende Festsetzungen in Bebauungsplänen gehen den Regelungen der Stellplatzsatzung vor.

§ 4 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Neustadt an der Weinstraße,

STADTVERWALTUNG

Satzung der Stadt Neustadt an der Weinstraße

vom

zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer vom 19.12.2011

Der Stadtrat der Stadt Neustadt an der Weinstraße hat in seiner öffentlichen Sitzung am 23.01.2018 aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) und der §§ 2 Abs. 1 und 5 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für das Land Rheinland-Pfalz die folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer

Die Satzung der Stadt Neustadt an der Weinstraße über die Erhebung von Vergnügungssteuer vom 19.12.2011 wird wie folgt geändert:

§ 10 Abs. 1 (Besteuerung von Geräten gem. § 1 Abs. 1 Nr. 5) erhält folgende Fassung:

„(1) Für das Halten eines Gerätes mit Gewinnmöglichkeit beträgt die Steuer je Gerät und angefangenem Kalendermonat

- | | |
|--|---|
| a) in Spielhallen und ähnlichen Unternehmen
im Sinne von § 33 i der Gewerbeordnung: | 18 v.H. des Einspielergebnisses,
mindestens 50,00 EURO, |
| b) in Schank- und Speisewirtschaften sowie an
sonstigen, der Öffentlichkeit zugänglichen Orten: | 18 v.H. des Einspielergebnisses,
mindestens 20,00 EURO.“ |

Artikel 2

In Kraft treten

- (1) Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2018 in Kraft. Sie ersetzt im Umfang der Änderungen die Satzung vom 19.12.2011.

Neustadt an der Weinstraße, den
Stadtverwaltung

Marc Weigel
Oberbürgermeister

Bürgschaftserklärung der Stadt Neustadt an der Weinstraße

Im Zuge der Beantragung eines Landeszuschusses der Kuckucksbähnle Bahnbetriebs GmbH (Antragssteller) nach der Verwaltungsvorschrift „Förderung der Investitionen für Reaktivierung oder Ertüchtigung von nicht bundeseigenen öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen in Rheinland-Pfalz außerhalb des Rheinland-Pfalz-Taktes“ des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur vom 8. März 2016, muss, gem. Nr. 6.2.7 der Verwaltungsvorschrift, der Antragssteller zur Sicherung eines etwaigen Erstattungsanspruchs des Landes eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft oder eine vergleichbare Sicherheit vorlegen.

Die Kuckucksbähnle Bahnbetriebs GmbH sieht vor, einen Antrag auf Landeszuschuss für die Baumaßnahme 2018 in Höhe von 70.000,00 € zu stellen.

Daher erklärt die Stadt Neustadt an der Weinstraße, vertreten durch den Oberbürgermeister Marc Weigel (Bürge), gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz (Bürgschaftsnehmer) die Übernahme einer **Ausfallbürgschaft** zugunsten des Antragstellers. Die Ausfallbürgschaft erstreckt sich auf 1/3 für etwaige Erstattungsansprüche aus dem für das Jahr 2018 beantragten Landeszuschuss gem. der Verwaltungsvorschrift „Förderung der Investitionen für Reaktivierung oder Ertüchtigung von nicht bundeseigenen öffentlichen Eisenbahninfrastrukturen in Rheinland-Pfalz außerhalb des Rheinland-Pfalz-Taktes“ i. H. v. 70.000 €. Dies bedeutet, dass diese Ausfallbürgschaft auf 23.333 € beschränkt ist.

Neustadt an der Weinstraße, den 23.01.2018

Marc Weigel

Oberbürgermeister

CDU Fraktion zum Haushalt 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, meine Damen und Herren,

das Herzstück eines gelungenen Jahreswechsels ist und bleibt jedes Jahr für Millionen Fernsehzuschauer der legendäre Kult-Sketch "Dinner for One" - getreu dem Motto "The same procedure as every year!". Same procedure as every year, oder in Deutsch das gleiche Verfahren wie in jedem Jahr kann man sagen wenn wir die Ausführungen und Reden zum Haushaltsentwurf hören.

Naturgemäß wird er von den Fraktionen der Mehrheit positiv von den Kollegen und Kolleginnen der Opposition in der Regel kritisch bis hin zur Ablehnung bzw. Enthaltung gesehen.

In diesem Jahr wird es vermutlich etwas anders sein. Grund wahrscheinlich, dass der vorliegende Haushaltsentwurf vom bisherigen Oberbürgermeister eingebracht aber nach dem Stabwechsel in diesem Jahr vom neuen Oberbürgermeister verabschiedet und umgesetzt werden muss. Lassen wir uns überraschen.

Same procedure as every year an dieser Stelle auch der Hinweis auf die grundlegende schlechte Finanzausstattung der rheinlandpfälzischen und hier insbesondere der kreisfreien Städte. Für manchen mag es wie ein gebetsmühlenhaftes jährliches Erwähnen und nicht änderbar klingen - für uns aber ist es doch elementar.

Liebe Kollegen: die Konjunktur „brummt“ wie selten. Ein Beschäftigungsrekord jagt den nächsten. Im Bundeshaushalt wird ein weiterer Überschuss in Milliardenhöhe erwartet, und die Sozialversicherungsträger sitzen auf Geldkonten in dreistelliger Millionenhöhe.

Bei vielen Kommunen und allen kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz sieht es allerdings etwas anders aus. Laut Rechnungshof war in 2016 die Pro-Kopf-Verschuldung rheinland-pfälzischer Kommunen fast doppelt so hoch wie der Länderdurchschnitt und die Liquiditätskredite sogar fast 3-mal so hoch. 1325 Gemeinden in Rheinland-Pfalz schrieben 2016 rote Zahlen. Fünf der zehn je Einwohner am höchsten verschuldeten Städte Deutschlands liegen in Rheinland-Pfalz. Allein die Stadt Kaiserslautern ist aus Liquiditätskrediten doppelt so hoch verschuldet wie alle baden-württembergischen UND bayrischen Gemeinden zusammen! Dies meine Damen und Herren kann uns nicht gleichgültig sein.

Und trotz dieser schlechten Bedingungen haben wir es hier in Neustadt in den vergangenen Jahren immer wieder geschafft, unseren Haushalt so aufzustellen, dass wir auf der einen Seite wichtige Dinge und Projekte umgesetzt aber auch darauf geachtet haben, die Defizite nicht ins Uferlose schießen zu lassen.

Wenn wir nur die aktuellen Zahlen mit denen unserer Nachbarstadt Speyer vergleichen, habe die Kollegen dort ein fast 4-mal so hohes Defizit verabschiedet wie es heute hier tun werden.

Wenn wir die Ergebnisrechnungen der letzten 8- 10 Jahre mitteln dann liegen wir im Schnitt bei einem Defizit von 3 Mio. Aber auch das kann uns nicht zufrieden stellen, obwohl uns hier in Rheinlandpfalz alle kreisfreien Städte beneiden.

Dafür auch an dieser Stelle einen besonderen Dank an die umsichtige und nachhaltige Haushaltsführung des bisherigen OB. Ein Ergebnis, an dem sich sein Nachfolger orientieren sollte.

Dieser hat, und darauf bin auch ein wenig neidisch, bei der Einführung zu seiner Neujahrsrede auf die Vorarbeit einer seiner ehemaligen Schüler zurückgegriffen. Diese Möglichkeit habe ich leider nicht aber ich greife auf ein Zitat einer früheren Haushaltsrede, zum Start unserer Koalition, zurück. Es stammt

von Herrmann Hesse aus seinen Gedicht Stufen. Dort heißt es „In jedem Anfang liegt ein Zauber inne.“

Verzaubert sind wir nach dem Wechsel an der Spitze dieser Stadt zwar nicht, wir erwarten ebenfalls nicht, dass unser neuer Oberbürgermeister zaubern kann, dies wäre wahrlich zu viel verlangt.

Aber er wird sich schon daran messen lassen müssen, was sicherlich auch ein Stück dem Wahlkampf geschuldet, gesagt und versprochen wurde.

Klar braucht es die entsprechende Zeit, sich in das neue Amt einzuarbeiten und den notwendigen Überblick zu bekommen. Ich denke es ist deshalb mehr als fair, Dir lieber Oberbürgermeister, diese Zeit einzuräumen verbunden mit der Zusage einer konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt und seiner Weindörfer. Denn es ist nicht die Stadt des Oberbürgermeisters, nicht die Stadt des Stadtrates, sondern die Stadt unserer Bürger und Bürgerinnen, die uns dafür mit einem zeitlich befristeten Mandat ausstatten.

Das heißt aber auch, dass wir durchaus in der Sache und dem Ringen um den richtigen Weg auch mal streiten werden.

Liebe Kollegen und Kolleginnen man spricht gerne im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen vom „Königsrecht einer Volks- oder Gemeindevertretung“. Nach der Einbringung des Haushalts durch die Verwaltung werden die Fraktionen ihre Sicht der städtischen Dinge darlegen und dann im Namen der gesamten Bürgerschaft einen Haushaltsbeschluss fassen.

Die Vorgaben des Haushaltsplans sind für die Verwaltung dann bindend. Daraus erwächst natürlich auch eine besondere Verantwortung.

Der HH Entwurf 2018 weist wiederum eine höhere Ertragslage als der vergangene HH aus und wiederum werden wir es nicht schaffen, diesen „zumindest dem Plan nach“ auszugleichen.

Aber ich denke, wir schaffen es mit dem vorliegenden HH, das Wünschenswerte mit dem Machbaren zu verbinden. Ich möchte mich dann auch nur auf einige wesentliche Dinge beschränken zumal dieser HH Entwurf wie eingangs schon erwähnt eine Art Zwitter ist: eingebracht vom Alt-OB, verantwortlich für die Umsetzung aber der Neugewählte OB.

Meine Damen und Herren, Verkehr ist ein wichtiges Aufgabenfeld kommunaler Selbstverwaltung. Zu einer attraktiven Stadt gehört eben auch die Verkehrspolitik. Die Entwicklung attraktiver, sicherer und nachhaltiger Mobilitätskonzepte ist nicht nur in unserer Stadt, eine der größten Herausforderungen. Hier benötigen wir Mut zur Veränderung, mit Begeisterung für technische Innovation (Stichwort autonomes Fahren) und mit dem Anspruch, Mobilität für alle Bewohnerinnen und Bewohner gleichermaßen zu ermöglichen.

Wir haben noch im alten Jahr unsere Anträge zur Schaffung einer Stelle Stadtplanung "Schwerpunkt Verkehrsplanung" sowie Mittel für Verkehrsberuhigende Maßnahmen in Höhe von € 200.000,- einzustellen eingebracht. Auf die nochmalige Begründung möchte ich verzichten, da wir dies schon ausführlich in der letzten Ratssitzung diskutiert haben.

Dazu gehören natürlich auch die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur dieser Stadt. Hier nur beispielhaft der Ausbau der B39 oder der Konrad-Adenauer-Straße. Die Verkehrssituation wird dadurch nicht gerade erleichtert deshalb ist hier eine gute Koordination der Baustellen und zielgerichtete Kommunikation an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sicherzustellen.

Wir begrüßen, dass nach unserem letztjährigen Antrag die Mittel zur Pflege und Erhalt wichtiger Vernetzungsstrukturen

und Ausgleichsflächen zu erhöhen, dies in diesem Jahr von der FWG aufgegriffen wurde und unterstützen den Antrag natürlich.

Zusätzlich haben wir beantragt, die Mittel zur Graben- bzw. Pflege von Regenrückhaltbecken im Verantwortungsbereich der Stadt um € 20.000,- zu erhöhen. Für die Pflege dieser Becken reicht in der Regel der jährliche Ansatz nicht. Wasserrückhaltesysteme sind Vorsorgeeinrichtungen, die ähnlich wie ein Sicherheitsgurt im Auto, im Bedarfsfall schützen sollen, dies aber nur können, wenn sie einsatzfähig sind.

Schützen soll auch die Feuerwehr ihre Bürger und dies macht unsere freiwillige Feuerwehr in der Stadt und den Weindörfern hervorragend - dafür gilt unser aller Dank.

Mit Dank allein lassen sich die vielfältigen Aufgaben einer Feuerwehr allerdings nicht erledigen. Dazu gehört auch eine gute Infrastruktur und moderne Fahrzeuge. Auch hierzu sind in diesem HH Mittel eingestellt. Allein € 530.000,- für die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges in LSP.

Ebenso wichtig ist der Neubau eines Feuerwehr-Gerätehaus in LSP. Dafür sind ebenfalls zumindest VE's im HH eingestellt.

Wir erwarten, dass hier umgehend Baurecht geschaffen und mit den Planungen begonnen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Gemeinschaft – wie die Stadt es ist – lebt vom Miteinander und es ist gut zu wissen, dass es in Neustadt und seinen Weindörfern viele engagierte Menschen in allen Generationen gibt. Dafür auch ein herzliches Dankeschön.

Es ist ein gutes Zeichen, dass wir für die Unterstützung in diesem Fall von engagierten Jugendlichen einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen eingebracht haben.

Die Engagierte Jugend Neustadts soll eigene Räumlichkeiten erhalten. Hierzu werden im städtischen Haushalt Mittel in Höhe von € 6000,- für die Anmietung eingestellt. Bereits im Jahr 2017

wurden finanzielle Mittel für die Anmietung von Räumlichkeiten für die Jugend forscht AG bewilligt. Beide Gruppierungen sollen gleichgestellt werden.

Meine Damen und Herren der vorliegende HH ist nicht nur durch die bisher beste zu erwartende Ertragslage und die Umsetzung der darin enthaltenen umzusetzenden Vorhaben ambitioniert, sondern auch durch den Zuwachs an zusätzlichen Stellen - fast 34 an der Zahl.

Nicht nur die aufgebürdeten Pflichtauf- und ausgaben für Leistungen im Sozialbereich, welche dazu von Bund und Land nicht ausreichend erstattet werden tragen dazu bei sondern auch unsere eigenen Wünsche und Vorhaben die sicherlich jedes für sich betrachtet berechtigt sind. Aber wir werden zukünftig nicht umhinkommen uns stärker an Prioritäten zu orientieren.

Dies gilt auch für Vorhaben und Maßnahmen die oftmals durch die Abhängigkeit von Zuschüssen wie von der Verfügbarkeit von Umsetzungsressourcen nicht immer zeitnah umgesetzt werden können.

Hier sollten/müssen wir die nächsten Monate nutzen um Kriterien für Prioritätenlisten zu erstellen.

Ein Thema möchte ich an dieser Stelle noch ansprechen, auch wenn es im Moment noch nicht direkt Haushaltsrelevant ist. Die zunehmende Anspannung des Wohnungsmarktes macht sich nicht nur in der Mietpreisentwicklung bemerkbar. Es kann sich auch negativ auf die Attraktivität einer Stadt auswirken und die einzelnen Bevölkerungsgruppen in hohem Maße selektiv treffen. So geraten vor allem einkommensschwache Haushalte unter Druck, während sich nur noch die einkommensstärkeren in einem angespannten Wohnungsmarkt ohne größere finanzielle Anstrengungen behaupten können. *(Im Ergebnis kann dies zur Verdrängung von sozial benachteiligten Haushalten aus den innerstädtischen Wohnquartieren und zu einer Verlagerung in eher dezentrale Wohnlagen oder dem Umland führen.)*

Die kommunale Wohnungspolitik stellt einen zentralen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Grundsätze, wie angemessene Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsgruppen, sparsamer Flächenverbrauch, Forcierung der Innenentwicklung, nachhaltige, klimagerechte Bauweise, sozialverträgliche Planung sowie hohe städtebauliche und architektonische Qualität bilden dabei die zukünftigen Herausforderungen. Dies bedeutet insbesondere, ein ausreichendes Angebot an Wohnungen in der Stadt für alle Nachfragegruppen- junge Familien, Singles, Ältere, neu hinzuziehende Berufstätige oder auch behinderte Mitmenschen - vorzuhalten und zwar in adäquater Menge, Qualität, preislichem Niveau, Wohnstatus und Vielfalt. Dies sind Herausforderungen die zu bewältigen sind. Es gibt dazu schon Überlegungen und Ansätze seitens der Verwaltung und der Politik. Ob dies durch eine verbindliche Quote für preisgünstigen Wohnungsbau oder verstärktes Engagement der WBG erreicht werden kann muss diskutiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vieles könnte und müsste noch gesagt werden aber zu einem soll auch noch was für die nachfolgenden Redner übrigbleiben und lassen wir vor allem unserem neuen Oberbürgermeister die berühmten 100 Tage Zeit, um mit dem Amt warm zu werden.

Eines ist mir und meiner Fraktion an dieser Stelle aber noch wichtig. Vieles von dem, was zukünftig umgesetzt wird, Projekte und Vorhaben die angestoßen und auf den Weg gebracht wurden, hat der bisherige Oberbürgermeister zu verantworten. Ich nenne hier beispielhaft die Umsiedlung des TuS LSP, die Reaktivierung des Hertie-Gebäudes, die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes, die Planungen für die Landesgartenschau, die Bebauung Sulogelände und einiges mehr. Auch wenn viele daran mitgewirkt haben muss einer im schlechten und darf im guten die Verantwortung tragen und das ist der Oberbürgermeister. Dies galt für den Alten und gilt auch für den Neuen.

Deshalb sei heute hier nochmals dem alten Oberbürgermeister ein besonderer Dank entgegengebracht. Herr Oberbürgermeister Löffler: „Sie haben Ihre Sache gut gemacht.“

Das zeigt sich auch wieder in diesem Haushalt, der noch die Handschrift des OB Löffler trägt.

Wer stimmen deshalb dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu.

Ich möchte mich auch im Namen meiner Fraktion für die bisherige Zusammenarbeit hier in diesem Rat wie auch mit der Verwaltung, den städtischen Gesellschaften und den Mitgliedern des Stadtvorstandes bedanken.

Dem neugewählten Oberbürgermeister wünsche ich außer dem, was die Neustadter Schauspielgruppe ihm als Ideale eines Oberbürgermeisters mitgegeben hat, auch die berühmte Fortune ohne die es auch nicht geht.

In diesem Sinne freue ich mich auf ein spannendes und erfolgreiches Jahr für Neustadt an der Weinstraße und seine Weindörfer.

Haushaltsrede Haushalt 2018

Mit der OB-Wahlentscheidung am 24.09.2017 haben die Bürgerinnen und Bürger in Neustadt einen klaren Impuls für einen Richtungswechsel für Neustadt gegeben

Unsere Fraktion begrüßt die Möglichkeiten für Neustadt, die sich durch einen neuen Oberbürgermeister ergeben. Er hat sein Amt zum 01. Januar angetreten und daher können wir damit leben, dass der Haushaltsentwurf 2018 noch keine grundlegende Neuausrichtung für unsere Stadt aufzeigt.

Es ist deshalb wenig überraschend, dass dieser Haushalt eine Fortführung des Status quo ist. Er ist eine in Zahlen geprägte Fortführung der Politik der Jamaika-Koalition: viel Aktionismus, wenig Konzeptionelles. Richtungsweisende Stadtpolitik sieht anders aus.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stadtpolitik des letzten Jahres kann man in einem Wort treffend beschreiben: „abwartend“. Die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger lässt sich auch in einem Wort zusammenfassen: „Unzufrieden.“ Die Konsequenz daraus ist, dass Marc Weigel zum neuen OB gewählt wurde und damit den Auftrag zum Richtungswechsel bekommen hat.

Die Fraktion der SPD ruft den Stadtrat dazu auf, dieses Signal der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und einen Neustart für die erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt konstruktiv zu unterstützen. Jetzt ist die Zeit, in der wir gemeinsam an der Entwicklung der Potenziale dieser Stadt arbeiten müssen. Jetzt ist die Zeit zum Gestalten. Jetzt ist die Zeit zum Handeln gekommen.

Wer zum Wohle dieser Stadt gemeinsam Politik machen möchte, der kann das nur im offenen, respektvollen, fairen Umgang miteinander tun. In 2017:..... Fehlanzeige!

Was haben wir hier alles erlebt! Mehrheiten wurden qua Abstimmung demonstriert, ohne sinnhaften Bezug zu drängenden Problemen in dieser Stadt. Oder auch das hier: die SPD bringt Initiativen in den Stadtrat ein; Jamaika verteuert sie in Grund und Boden; wenig später, wie Phönix aus der Asche, präsentieren dieselben Akteure, unsere Initiativen als ihre. Fairness geht anders; Konstruktives, gemeinsames Gestalten zum Wohle dieser Stadt auch.

Statt die Möglichkeit, zusammen mit FWG und SPD, gravierende Probleme anzugehen, passierte in vielen Fällen gar nichts. Beispiel: Übertragung der Verantwortlichkeit für die Überwachung des fließenden innerstädtischen Verkehrs auf die Stadt. Das wäre eine effektive Maßnahme, um schwache Verkehrsteilnehmer zu schützen und sie ist schon lange überfällig getroffen zu werden. Wir von der SPD sind sehr gespannt darauf, ob auch Sie, meine Damen und Herren Jamaika ihre Lehren aus dem OB-Wahlkampf gezogen haben. Und vor allem sind wir neugierig darauf, welche das sein werden. -

Wie wäre es denn mal damit: stellen Sie endlich ein Konzept zur Verkehrsberuhigung zum Schutz der schwachen Verkehrsteilnehmer für die in Neustadt neuralgischen Punkte vor. Wir hier im Rat, waren uns 2017 alle darüber einig, dass das auf der Basis der gewonnenen Meßwerte geschehen muss. Und was ist jetzt passiert? Statt im Laufe des Jahres 2017 ein Konzept zu erarbeiten und es im Dezember vorzustellen, reichten Sie einen von Aktionismus geprägten Antrag zum Haushalt im Dezember ein. Nur mal so nebenbei: Ein Antrag alleine schützt keinen einzigen Menschen. -

Und das auch für's Protokoll: Alle Fraktionen hatten sich darauf verständigt, größere Anträge zum Haushalt bis auf die Zeit nach der Amtseinführung des neuen OBs zu verschieben. Das als klares Signal des Respekts gegenüber einem neuen Oberbürgermeister. Offensichtlich war in diese Verständigung im Dezember nicht mehr wichtig, anders kann ich mir die Einreichung dieses Antrages nicht erklären. Worum geht es Ihnen? Um Eitelkeiten? Um eine kleine Genugtuung, dass man Abstimmungen, qua Mehrheit, durchbekommt, ungeachtet des Inhalts der Anträge? Ich kann Ihnen sagen, worum es mir, worum es der SPD geht: um Neustadt. Um die Neuausrichtung unserer Stadt. Um die Entwicklung unserer Stadt. Da haben Eitelkeiten meines Erachtens keinen Platz.

Es ist Zeit für eine Veränderung. Und das bedeutet, wichtige Themen endlich anzupacken und auch, die Bürgerinnen und Bürger endlich offen und ehrlich über die Grundlagen unserer Arbeit informieren. Da wird in 2017 schon beinahe der Spatenstich für das dringend benötigte Feuerwehrgerätehaus in Lachen-Speyerdorf verkündet und auch eine schnelle bauliche Umsetzung versprochen. Den Worten folgten keine Taten. Im Haushalt für das Jahr 2018 findet sich zu diesem Thema gar nichts. Und das bedeutet, dass es weitere ein bis zwei Jahre dauert, bis diese Projekt realisiert ist. Auch das will gesagt sein: diese Muster kennen wir hier in Neustadt; täglich präsent zum Beispiel durch unseren Bahnhofsvorplatz. Ein solches Vorgehen führt zur Frustration und Politikverdrossenheit. Was es nicht schafft, ist Vertrauen. Ein ehrlicher Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern muss eine unsere Prämissen in der Stadtpolitik sein. Das fordern wir für das Jahr 2018 von allen Fraktionen und auch von der Stadtführung.

Fangen wir doch gleich mal mit dem Zustand unseres Gebäudemanagements an: wie wir jetzt erfahren haben, sind die Mitarbeiter dort so überlastet, dass neue Projekte, wie z.B. das Jugendzentrum überhaupt nicht angegangen werden können. Da diskutieren wir stundenlang, machen Vorschläge in der Haushaltsberatung zu diesem Thema und jetzt das. Wie soll da ein neuer OB agieren können? Was wir brauchen, ist eine Stärkung der Verwaltung. Nur mit einer gut ausgestatteten Verwaltung lassen sich die wichtigen Projekte für die Zukunft umsetzen.

Wir haben in unsere Stadt ein Kernproblem: uns fehlen nachhaltige Einnahmen. Auch das ist im vorliegenden Haushaltsentwurf deutlich sichtbar. Seit Jahren sind Neustadt die Gewerbesteuererinnahmen auf einem wenig befriedigenden Niveau. Für uns ist klar, dass in einer aktiven Wirtschaftspolitik einer der Schwerpunkte der Stadtpolitik für die Zukunft liegen muss. Eine stabile Wirtschaftsentwicklung sorgt für Gewerbesteuer, Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten und stärkt auch die Identifikation der Unternehmerinnen und Unternehmer für den Standort Neustadt. Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten und in der Ansiedlungspolitik müssen wir unsere Hausaufgaben machen, die Ärmel hochkrempeln und Taten folgen lassen.

Das gilt auch für das große Thema soziale Integration und hier im Besonderen für den Bereich Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Im Austausch mit Vertretern von Lichtblick, dem Frauenhaus, in Bürgergesprächen eines klar festgestellt: die aktuelle Wohnsituation ist in Neustadt extrem angespannt. Wir als SPD haben uns immer aktiv eingesetzt für: bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum. Dazu gibt es von unserer Seite her eine Reihe von Vorschlägen und Konzepten. Kontraproduktiv ist folgendes: blinder Aktionismus, der sich in hektisch

gestellten und so nicht konsequent durchdachten Einzelanträgen äußert. Wir als SPD setzen uns für folgendes ein: Schaffung eines überfraktionellen Arbeitskreises in Abstimmung mit dem Sozialausschuss, der WBG und den zuständigen Verwaltungsstellen. Das Ziel muss hier sein: gemeinsam ein umfassendes und wirksames Konzept „Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum in Neustadt“ zu entwickeln.

Noch ein Punkt zu den Ausgaben: Ich sehe einen recht großen Posten, den die Verwaltung als Antrag kurzfristig für den Haushalt vorschlägt. Hier geht es um die Anbindung des Gleisübergangs (Schillersteg) an die Schillerstrasse. Wir als SPD haben diesen Antrag eingebracht und ich freue mich sehr darüber, dass dieser Antrag jetzt in die Umsetzung geht.

Und auch das passierte: zumindest in der Unterstützung des hervorragenden Engagements der Jugend forscht AG und der EJN ist es zu einer fraktionsübergreifenden Verständigung gekommen. Meine Damen und Herren, es geht doch:

Deshalb gehen wir mit großen Hoffnungen und Erwartungen in das Jahr 2018. Wir erhoffen uns mehr als nur einen Richtungswechsel für Neustadt, wir wollen einen Neustart. Deshalb sichern dem neuen Oberbürgermeister und alle Initiativen, die sich hierfür einsetzen zu, sie konstruktiv zu begleiten und zu unterstützen. Die Wiederbelebung der Stadt, die Stärkung des WIR-Gefühls in der Bürgerschaft und eine nachhaltige Zukunftsplanung für Neustadt sind notwendig um im Wettbewerb mit den Nachbarkommunen bestehen zu können. Neustadt muss wieder Perle der Pfalz werden.

Wissen Sie, warum ich mich für unseren Stadtrat und unsere Stadt auf den sicherlich bald beginnenden Kommunalwahlkampf freue?

Weil ich die Hoffnung habe, dass die Jamaika-Fraktionen spätestens diesen zum Anlass nehmen wird, Aktivität zu entfalten. Vielleicht werden wir dann von grüner Seite endlich Ansätze sehen, wirklich mehr Grün in die Stadt zu bringen. Die Schubladen sind voll von Konzepten. Meine Damen und Herren, Umsetzung ist angesagt.

Was die CDU angeht, haben wir alle die Hoffnung, dass die versprochene Gewerbeentwicklung nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, dass die wichtigen Infrastrukturprojekte wie der Bahnhofsvorplatz und der Winzinger Knoten weiterkommen und dass das Parken und die Verkehrsüberwachung sinnvoll umgesetzt wird. Ich lade Sie ganz direkt ein: bedienen Sie sich bei unseren schon eingebrachten Vorschlägen, wir sind dann bei der Umsetzung mit dabei.

Dem vorliegenden Haushalt werden wir heute zustimmen. Nicht weil wir ihn vorbehaltlos für richtig fokussiert und ausbalanciert halten.

Wir stimmen dem Haushalt heute zu, weil wir ein Signal senden wollen.

Ein Signal in Richtung neuen Oberbürgermeister, wir kooperieren da wo es für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger in unseren Augen sinnvoll ist.

Für ihre Arbeit und ihren Einsatz im vergangenen Jahr möchte ich mich- auch im Namen meiner Fraktionskolleginnen und Kollegen- bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie der städtischen Gesellschaften herzlich bedanken. Ihnen wünsche ich für 2018 alles Gute

Sehr geehrter Oberbürgermeister, lieber Marc, im Namen der Fraktion wünsche ich Dir viel Erfolg und vor allem die Kraft und die Ausdauer in deiner Arbeit zum Wohl unserer Stadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.





Haushalt 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Stadtratskollegen,

Sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

Sehr geehrte Presse,

Sehr geehrte Bürger,

der Haushalt und Stellenplan der Stadt Neustadt/Weinstraße für das Jahr 2018 bewegt sich im Rahmen des Machbaren. Er ist zu 95% solide Arbeit der Stadtverwaltung, auf die der Stadtrat kaum Einfluss nehmen kann, da es gilt die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.

Dank dem I-Stock können im nächsten Jahr die Wege in unseren Parkanlagen, Villa Böhm, Krieger- und Rosengarten erneuert werden. In verschiedene Kinderspielplätze (Abenteuerspielplatz, Waldspielplatz Königsbach) wird einiges investiert. Über das ganze Stadtgebiet verteilt, werden Bushaltestellen ausgebaut. Die Arbeiten am Grünzug Böbig und für das Projekt „Wasser in die Stadt“ sollen beginnen.

Alles schöne Maßnahmen zum Wohl der Bürger, die vom Stadtrat genehmigt und nicht in Frage gestellt wurden. Das zeigt, was alles geht, wenn die Politik sich nicht einmischt oder besser gesagt, sich einig ist.

Auch im Bereich der Wirtschaftsförderung geht es endlich voran. Für die Erschließung des Messeplatzes ist eine Million im Haushalt vorgesehen und eine weitere Million für zusätzliche Gewerbegebiet. Ein Investition, die sich über die Gewerbesteuererinnahmen im Lauf der Jahre selbst tragen wird.

Es ist sehr erfreulich, dass es keine Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen gibt. Wir bieten ein Kulturprogramm im Saalbau und Kurse in der Volkshochschule an, alle Schwimmbäder bleiben offen, ebenso die Stadtbücherei. Für die Jugendarbeit wird sogar etwas mehr Geld als 2017 zur Verfügung gestellt (wenn allen Anträgen heute wie geplant zugestimmt wird). Bei Kultur und Sport bleibt alles beim Alten.

Trotzdem schließt der Haushalt mit einem Fehlbetrag von ca. 6 Millionen Euro und einem Schuldenstand von ca. 90 Millionen Euro. Und das bei Rekorderinnahmen, die in den nächsten Jahren bei schlechterer Wirtschaftslage jederzeit geringer ausfallen können. Daran haben wir uns leider fast gewöhnt. Genauso haben wir uns daran gewöhnt, dass von Landes- und Bundesebene in diesem Punkt nur

wenig Hilfe kommt. Natürlich gibt es einen Entschuldungsfond, den I-Stock, Sanierungsgebiete und Zuschüsse für Bauvorhaben, aber an dem grundsätzlichen Dilemma der Unterfinanzierung der Kommunen wird wohl erst etwas geändert werden, wenn gar nichts mehr geht. Also wenn eine der Nachbarkommunen in Rheinland-Pfalz pleite ist.

Tun, können wir vor Ort fast nichts. Die gesetzlichen Vorgaben werden nicht von uns gemacht. Aber resignieren sollten wir auch nicht. Auf was wir achten können, ist **Nachhaltigkeit**.

Den größten Nutzen hat die Stadt, wenn wir Bauvorhaben sauber durchplanen und Fördergelder bekommen können. Bei den derzeitigen Förderquoten brauchen wir dazu nur 15 -25 % Eigenkapital. Bei den wenigen Mitteln bzw. Prozentsätze des Haushalts über die wir selbst bestimmen können, sind deswegen, auf den Gesamthaushalt gesehen, auch geringe Summen sehr wertvoll.

Deswegen sollten wir im Stadtrat genau darauf achten, auch geringe Haushaltsposten sinnvoll und langfristig lohnend einzusetzen. Damit können wir Stückchen für Stückchen das Meiste aus unserem Haushalt machen.

Für die Aufwertung von Schulhöfen und verkehrsberuhigende Maßnahmen wurden in der letzten Stadtratssitzung nach Anträgen der Koalition 200.000,00 Euro im Haushalt 2018 bereitgestellt.

Gegen diese Maßnahmen kann man eigentlich nichts Negatives sagen. Beides ist grundsätzlich sinnvoll und auch die FWG hat prinzipiell nichts dagegen. Es gibt etliche Stellen innerhalb von Neustadt (Ortseinfahrten, breite gerade Straße etc.) bei denen die Versuchung groß ist, schneller zu fahren, als erlaubt ist. Gerade wenn in den Abendstunden dort wenig Verkehr ist.

200.000,00 Euro sind in diesem Fall jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit dieser Summe kann man entweder nur einen Ortseingang richtig gestalten oder für einige Gefahrenstellen Straßenmöblierungselemente und Temposchwellen kaufen oder Fahrbahnmarkierungen anbringen. Dazu kommt der durchaus berechtigte Einwand von Werner Schreiner in der letzten Ratssitzung, dass diese Maßnahmen die Fahrzeiten des öffentlichen Nahverkehrs beeinträchtigen können. Temposchwellen und Straßenmöbel hatten wir bereits vor Jahren ausprobiert. Sie haben sich nicht bewährt und wurden schnell wieder abgebaut.

Bei den anstehenden Straßenbauvorhaben werden, wie die letzten Projekte zeigen, solche verkehrsberuhigenden Maßnahmen, wie Fahrbahnverschwenkungen sauber geplant, durch Zuschüsse mitfinanziert und durch die Sinergieeffekte einfach günstiger ausgeführt. Außerdem sind alle betroffenen Stellen (wie z.B. der VRN) bei der Planung beteiligt.

Bei den Schulhöfen verhält es sich ähnlich. Für 200.000,00 Euro kann ich noch nicht einmal einen Schulhof von Grund auf neu gestalten. Es kann sich also nur um Verschönerungsmaßnahmen handeln, wie Anstriche, neue Möblierung oder Pflanzungen in einem alten Ambiente. Da die Schulen in diese Maßnahmen aber eingebunden werden und mitentscheiden sollen, wird es sich entweder um einen Schnellschuss handeln oder bei einer guten Planung die Ausführung erst 2019 begonnen werden.

Übrigens wurden in den letzten Jahren von vielen Schulen mit Hilfe von Fördervereinen und Elternschaft, Schulhöfe neu gestaltet und aufgewertet. Da gibt es viele gelungene Beispiele. Dies wurde von der Stadtverwaltung selbstständig und im Rahmen ihrer Möglichkeiten gut unterstützt. Ebenso würde der Stadtrat, so glaube ich, eine an ihn herangetragene guten und sinnvollen Planung, gerne bewilligen.

Deswegen komme ich noch mal zurück auf die Nachhaltigkeit. Keine Partei im Stadtrat wird sich grundsätzlich gegen sinnvolle und notwendige Maßnahmen stellen. Sie sollten aber sauber geplant werden. Die Fraktionen müssen eventuell bereit sein, eigene Wünsche für ein Jahr zurückzustellen und gleichzeitig sicher sein, dass die anderen Fraktionen gegenüber sinnvollen Vorschlägen offen sind. Je nach Finanzlage und Dringlichkeit kann es natürlich zu weiteren Verschiebungen kommen. Deswegen müssen alle Maßnahmen langfristiger geplant werden, um unser wenigtes freies Geld optimal und nachhaltig einzusetzen.

Alle Fraktionen im Stadtrat arbeiten zum Wohl von Neustadt und sind sich in diesem Punkt einig. Wir müssen nur intensiver mit einander reden und zu Kompromissen bereit sein. Vielleicht nehmen wir uns am Ortsbeirat Hambach ein Beispiel. Die Einigkeit gegenüber Verwaltung und Stadtrat ist dort groß.

Die FWG Fraktion wird dem Haushalt 2018 zustimmen. Meine obige Kritik soll konstruktiv verstanden werden. Ich würde mir nur wünschen, dass wir im Jahr 2019, die Anträge zum Haushalt auch alle in der Haushaltssitzung beraten und entscheiden und nicht wie in diesem Jahr eine Sitzung zu früh vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Zuletzt bleibt mir nur noch, mich bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Gesellschaften für Ihre gute Arbeit im Jahr 2017 zu bedanken. Als Stadtrat bedanke ich mich auch ausdrücklich für Ihre Geduld und Mühe mit uns Politikern. Auch privat als aktiver Bürger, habe ich fast nur positive Erfahrungen gemacht.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Neustadt/Weinstraße den 23.01.2018

.....
Christoph Bachtler (FWG)